

«Gesundheitsminister ist gefordert»

Spitaldiskussion Die Forderung nach einer unabhängigen Expertenkommission des Alt-Vorstehers Günther Wohlwend stösst bei den Fraktionssprechern der Landtagsparteien auf wenig Rückhalt. Sie sehen Regierungsrat Mauro Pedrazzini in der Pflicht.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Die Privatklinik Medicnova ist Geschichte und beim Landesspital ist noch unklar, in welche Richtung die Reise geht. Es steht fest, dass sich die Fallzahlen im Landesspital auch mit dem Konkurs der Medicnova nicht erhöht haben – im Gegenteil. Sie werden wohl noch tiefer ausfallen als im letzten Jahr. Dies führt auch in Vaduz zu finanziellen Schwierigkeiten. Daran wird auch das von der neuen Spitaldirektorin Sandra Copeland eingeleitete Effizienzsteigerungsprojekt «Futura» kurzfristig nichts ändern.

Aus diesem Grund wird sich auch der Landtag in zwei Wochen wieder mit der Causa Landesspital befassen müssen. Man rechnet damit, dass Ende 2018 ein Minus von 2,2 Millionen Franken in der Jahresrechnung resultieren wird. Damit wäre das Landesspital buchhalterisch überschuldet. Aus diesem Grund schlägt die Regierung dem Landtag vor, das Staatsdarlehen über 2,3 Millionen abzuschreiben. Dies, nachdem der Landtag schon vor einem Jahr einen Notkredit für das Landesspital sprechen musste. Es ist zwar klar, dass ein eigenes Spital den Staat immer und jährlich eine Stange Geld kosten wird. Die offene politische Frage ist aber, wie hoch diese Summe sein darf. Aber es sind nicht nur die Finanzen, welche dem Landesspital und der

Politik Sorgen bereiten. Auch baulich muss etwas geschehen. Das heutige Gebäude des Landesspitals in Vaduz entspricht nicht mehr den heutigen Standards. Aus diesem Grund hat Regierungsrat Mauro Pedrazzini schon vor den Sommerferien angekündigt, dass sein Ministerium detaillierte Entscheidungsgrundlagen für die bauliche Weiterentwicklung des Spitals vorbereite. Dazu werden folgende konkrete Szenarien geprüft und miteinander verglichen: Ein Umzug des Landesspitals in die Räumlichkeiten der ehemaligen Medicnova nach Barenden, eine umfassende Renovation in Vaduz und ein Neubau. Dass diese Entscheidungsgrundlagen dem Landtag noch in diesem Jahr vorgelegt werden, ist eher unwahrscheinlich.

Verständnis für die Forderung von Wohlwend

Dass aber Liechtenstein weiterhin ein eigenes Spital haben soll, ist im Landtag grossmehrheitlich unbestritten. Für die beiden Regierungsparteien ist auch klar, dass dazu eine Chirurgie, eine Innere Medizin und eine Anästhesie sowie ein durch diese Abteilungen sichergestellter 7 Tage/24 Stunden-Notfalldienst gehören. Dies sieht auch der heutige Leistungsauftrag vor. Für den VU-Fraktionssprecher Günther Vogt ist die nun von Günther Wohlwend geforderte Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission



Für das Landesspital und für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini bleibt es weiterhin stürmisch. Bild: zvg

ein Misstrauensvotum gegen den aktuellen Kurs des Gesellschaftsministers und stelle auch den geltenden Leistungsauftrag für das Landesspital infrage. «Das verwundert grundsätzlich nicht, da der Gesellschaftsminister die Öffentlichkeit seit Wochen im Ungewissen über seine Pläne mit dem Landesspital lässt. Bevor wir

die Frage beantworten können, ob eine unabhängige Expertenkommission sinnvoll wäre, müssten wir die vom Gesellschaftsminister angekündigten Zukunftvarianten für das Landesspital jetzt endlich auf dem Tisch haben. Es ist höchste Zeit, dass Regierungsrat Mauro Pedrazzini öffentlich erklärt, wohin die Reise

des Landesspitals gehen soll», so Günther Vogt. Auch die gesamte Fraktion der Freien Liste kann den eindringlichen Appell von Günther Wohlwend sehr gut nachvollziehen, wie Georg Kaufmann erklärt. «Seit Jahren kritisieren wir die Strategie, welche von den Verantwortlichen in der Spitalfrage gefahren wird. Sie hat unserer Ansicht nach keine Zukunft, weil sie zu wenig Rücksicht nimmt auf Fakten wie Einzugsgebiet, demografische Entwicklung unserer Bevölkerung, Qualitätsansprüche oder auch die regionale Spitallandschaft», so Kaufmann. Eine unabhängige Expertenkommission neben den aktuell tätigen Verantwortlichen einzusetzen, mache aber wenig Sinn. «Nein, jetzt ist der Gesundheitsminister gefordert», so Kaufmann.

Auch für den FDP-Fraktionssprecher Daniel Oehry ist die Forderung nach einer Expertenkommission zu diesem Zeitpunkt völlig unnötig, denn das Ministerium arbeite bereits mit internen und externen Experten an möglichen Varianten. «Der Landtag und die Regierung haben sich bereits 2012 und in diesem Jahr erneut eingehend mit dem Leistungsauftrag befasst, und für mich passen diese Schwerpunkte», so Oehry. Die Verknüpfung der fehlenden Fallzahlen des Landesspitals mit Regierungsrat Mauro Pedrazzini – wie sie Günther Wohlwend macht – erachtet der FDP-Fraktionssprecher als «oberfläch-

lich». Der Landtag werde sich in aller Tiefe mit der Zukunft des Spitals befassen «und festlegen, in welcher Form er die Lösung und die damit verbundenen nächsten Schritte sieht». Laut DU-Chef Harry Quaderer stellt sich Alt-Vorsteher Günther Wohlwend gar komplett ins Abseits. «Die Schuld an der missratenen Spitallandschaft und seiner Misere ist bei der ehemaligen VU-Gesundheitsministerin und dem jetzigen Stiftungsratspräsidenten zu suchen», so Quaderer.

«Neue Fraktion» fordert neuen Stiftungsrat

Auch die «Neue Fraktion» hält nichts von einer unabhängigen Expertenkommission. «Damit verstreicht wieder ein Jahr oder mehr und man weiss nicht, was herauskommt», sagt Fraktionssprecher Herbert Elkuch. «Wenn sich in ganz naher Zukunft nichts ändert, endet die momentane Abwärtsspirale in einem Fiasko», so Elkuch weiter. Aus diesem Grund fordert die «Neue Fraktion» in der November-Sitzung den sofortigen Austausch der strategischen Führung des Landesspitals. «Es müssen Leute her, die das Ruder herumreissen, die Wertschöpfung im Inland halten wollen und für eine Zusammenarbeit mit den einheimischen Ärzten einstehen, patientenorientiert handeln und Ressourcen nutzen», sagt Herbert Elkuch. Es bleiben stürmische Zeiten für das Landesspital und das Gesundheitswesen.

2400 Anträge eingegangen – täglich werden es mehr

Anspruch Personen, denen die Prämienverbilligung zusteht, werden nicht aktiv darauf hingewiesen. Eigeninitiative ist gefragt.

In vielen Kantonen der Schweiz werden die Betroffenen direkt von der Verwaltung informiert, dass ihnen eine Verbilligung der Krankenkassenprämie für die obligatorische Krankenpflegeversicherung zusteht. Ermittelt werden die Personen jährlich über die Steuerverwaltung. In anderen Kantonen wiederum herrscht Antragspflicht. Sie haben nur dann einen Anspruch, wenn sie selbst aktiv werden und die Verbilligung jährlich beantragen. Letzteres gilt auch für Liechtenstein. Wie das Amt für Soziale Dienste (ASD) bestätigt, sei es Voraussetzung, dass diese Personen einen Antrag stellen.

Für 2018 sind bislang rund 2400 Anträge beim ASD eingegangen. «Täglich kommen weitere hinzu», sagt dieses. Damit liege die Anzahl Einreichungen im Vergleich zu anderen Jahren im Durchschnitt. «Genau können wir dies jedoch erst nach Abschluss der Prämienverbilligung 2018 sagen.» Bis am 31. Oktober können die Anträge noch eingereicht werden.

Maximal werden 2455.20 Franken ausbezahlt

Das Antragsformular sowie das Merkblatt zur Prämienverbilligung sind auf der Webseite des Amts für Soziale Dienste zu finden. Ebenso liegen die Formula-

re ab etwa Ende April bei den Gemeindeverwaltungen auf. Die maximal mögliche Prämienverbilligung beträgt in diesem Jahr 2455.20 Franken. «Hinzu kommt noch die anteilmässige Subventionierung der Kostenbeteiligung, welche die versicherte Person im Vorjahr bezahlt hat», erklärt das ASD. Für die Berechnung der Prämienverbilligung gilt die errechnete durchschnittliche OKP-Prämie, welche in diesem Jahr 341 Franken beträgt.

Ebenfalls gilt der massgebliche Erwerb des Vorjahrs. Um einen Anspruch auf Prämienverbilligung zu haben, darf unter anderem eine bestimmte Erwerbsgrenze nicht überschritten werden. Für Alleinstehende liegt sie bei 45000 Franken. Bei Ehepartnern ist die Grenze bei 57000 Franken des massgeblichen Erwerbs aus dem vorhergehenden Steuerjahr angesiedelt.

Prämienverbilligung wegen Kopfprämien

Eine weitere Grundvoraussetzung zur Annahme des Antrags ist, dass der Antragsteller in Liechtenstein krankenversichert ist. Kinder bis 16 Jahre haben jedoch keinen Anspruch, da sie prämiensbefreit sind. Für Versicherte mit Unterhaltsansprüchen gegenüber den Eltern, wie zum Beispiel

Studenten, Personen in Ausbildung oder solche, die nicht erwerbstätig sind, richtet sich der Prämienverbilligungsanspruch bis zum 25. Lebensjahr oder dem Abschluss der Erstausbildung nach dem Erwerb der Eltern. Ein Beispiel: Ein 22-jähriger Student hat einen Nebenjob, der selbstverständlich nicht genug abwirft, um über die Runden zu kommen. Ausschlaggebend, ob er ein Anrecht auf Prämienverbilligung hat, ist der vorjährige Erwerb der Eltern, der zur Berechnung hinzugezogen wird. «Gelten sie als einkommensschwach, hat der 22-Jährige Anspruch auf Prämienverbilligung», erklärt das Amt für Soziale Dienste.

Sinn und Zweck der Prämienverbilligung ist die Unterstützung von einkommensschwachen Versicherten. Denn in Liechtenstein sind die Prämien in der Krankenpflegeversicherung sogenannte «Kopfprämien». «Das heisst, dass alle Versicherten unabhängig von der wirtschaftlichen Situation gleich hohe Prämien zahlen», erklärt das Amt für Soziale Dienste. Für 2018 erfolgt die Auszahlung durch das Amt für Gesundheit entweder Ende dieses Jahres oder Anfang 2019.

Julia Kaufmann
jkaufmann@medienhaus.li

«Digitalisierung hat schon fast alle Lebensbereiche erreicht»

Aktionstag Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch wird morgen den ersten Digitaltag in Vaduz offiziell eröffnen.

Die Bevölkerung kann am 25. Oktober die aktuellen Entwicklungen der Digitalisierung im Vaduzer Städtle hautnah erleben. Risch freut sich besonders darauf, mit den Besuchern ins Gespräch zu kommen und die Initiativen der Unternehmen kennenzulernen.

Welchen Effekt erhoffen Sie sich vom erstmals in Liechtenstein stattfindenden Digitaltag?

Daniel Risch: Ich hoffe, dass die Möglichkeiten, Digitalisierung anfass- und damit begreifbar zu machen, rege genutzt werden. Es freut mich dabei sehr, dass wir diesen 1. Digitaltag in Vaduz in Zusammenarbeit und zeitgleich mit der Schweiz machen können.

Worauf freuen Sie sich besonders?

Neben vielen inhaltlichen Dingen freue ich mich einerseits auf den Rahmen – da für mich das Kunstmuseum ein idealer Ort ist, gerade auch in die Zukunft zu schauen – und andererseits darauf, mit den Besuchern zu diskutieren und gemeinsam den Digitaltag zu begehen. Besonders gespannt bin ich auch auf die Projekte der Unternehmen, die vorgestellt werden.

In Teilen der Bevölkerung löst die Digitalisierung auch



Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch hofft, dass das Angebot des Digitaltages rege genutzt wird. Bild: ikr

Ängste aus. Können solche Veranstaltungen einen Beitrag leisten, um diese zu mindern?

Ich bin überzeugt, dass man sich mit neuen Themen beschäftigen soll und sie zu den Menschen bringen muss, damit Ängste abgebaut und Vertrauen aufgebaut werden kann.

Weshalb ist es wichtig, die Bevölkerung beim Thema

Digitalisierung mitzunehmen?

Weil die Digitalisierung schon heute fast alle Lebensbereiche erreicht hat und auch weiter durchdringen wird.

Interview: Stefan Lenherr

WWW.

Alle Informationen zum Digitaltag unter: digital-liechtenstein.li